



Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74728

Fax 030 227 – 76728

E-Mail: Judith.skudelny@bundestag.de

Pressemitteilung

Brüderle liegt bei Opel-Entscheidung richtig

(10.06.2010) Was wird aus dem Autokonzern Opel? FDP-Bundeswirtschaftsminister Brüderle lehnte am vergangenen Mittwoch eine Bundesbürgschaft in Höhe von 1,1 Milliarden Euro für Opel ab. Bundeskanzlerin Merkel überlegt nun, den Beschluss ihres FDP-Ministerkollegen zu kippen.

„Brüderle hat Recht“, so die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny aus Leinfelden-Echterdingen. „Der deutsche Steuerzahler darf nicht zur Zapfsäule für Großkonzerne werden. General Motors hat genug finanziellen Kraftstoff, um Opel den Sanierungsweg zu ermöglichen“. „Auch eine Insolvenz“, so die praktizierende Insolvenzverwalterin Skudelny, „beutet nicht gleich das Aus für die Arbeitnehmer.“ Insolvenzen können angeschlagene Unternehmen mit guter Auftragslage schnell wieder gesunden lassen. „Die Praxis zeigt, dass in den meisten Fällen von Firmeninsolvenzen rund 80% aller Arbeitsplätze erhalten bleiben – und das in einem gesund sanierten und zukunftsfähigen Unternehmen“, so Skudelny.

Skudelny kann sich daher nicht erklären, warum Bundeskanzlerin Merkel dem Autokonzern nun beispringt und ihren eigenen Kabinettskollegen düpiert: „Wir haben in Baden-Württemberg über 600 Unternehmensinsolvenzen von kleinen und mittleren Unternehmen im ersten Quartal 2010 gehabt. Dadurch sind auch über 2.000 Arbeitsplätze bedroht.“ Skudelny fragt sich, welche Maßstäbe die Bundeskanzlerin an die Arbeitsplätze in ganz Deutschland anlegt: „Ich kann nicht erkennen, warum die Arbeitsplätze in Rüsselsheim vom Staat gerettet werden sollen, wenn sie in anderen Regionen auch gefährdet sind. Ist ein Arbeitsplatz bei Opel mehr wert als die Millionen Arbeitsplätze in unseren vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen?“